



Stadt: Golßen

☒ öffentlich ☐ nicht öffentlich ☐ Dringlichkeit

Gremium	Beteiligung	Datum der Sitzung	TOP	Beratungsstatus
Bildungs-, Jugend-, Kultur- u. Sportausschuss	<input type="checkbox"/>			vorberatend
Planungs-, Bau-, Wirtschafts- u. Umweltausschuss	<input type="checkbox"/>			vorberatend
Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität, Infrastruktur und Schloss der Stadt Golßen	<input type="checkbox"/>			vorberatend
Hauptausschuss	<input checked="" type="checkbox"/>			vorberatend
Ortsbeirat Mahlsdorf	<input checked="" type="checkbox"/>			vorberatend
Ortsbeirat Zützen	<input checked="" type="checkbox"/>			vorberatend
Stadtverordnetenversammlung	<input checked="" type="checkbox"/>			beschließend

Beratungsgegenstand: Satzung über die Einzelheiten der förmlichen Einwohnerbeteiligung (Einwohnerbeteiligungssatzung)

Einreicher der Vorlage	Vorlagennummer	Datum
Paulick - HA	11-2023	10.02.2023

A. Beschlussvorlage:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Golßen beschließt die anliegende „Satzung über die Einzelheiten der förmlichen Einwohnerbeteiligung in der Stadt Golßen (Einwohnerbeteiligungssatzung)“.

Begründung der Beschlussvorlage:

Rechtliche Würdigung

In der Satzung über die Einzelheiten der förmlichen Einwohnerbeteiligung in der Stadt Golßen (Einwohnerbeteiligungssatzung) vom 15.12.2008, zuletzt geändert am 18.09.2017, sind wie im § 13 Absatz 3 der Brandenburgischen Kommunalverfassung (nachfolgend BbgKVerf) gefordert, die Einwohnerbeteiligungen geregelt. Diese hat das Ziel den Kommunen die Möglichkeit zu eröffnen, die Einwohnerbeteiligung individuell nach örtlichen Erfordernissen auszugestalten.

Am 03.07.2018 ist das „Gesetz zur Änderung der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg - Ausbau der Beteiligungsmöglichkeiten vom 29.06.2018 (GVBl.I Nr. 15) in Kraft getreten. Die gesetzlichen Änderungen betreffen u. a. die §§ 13 (Einwohnerbeteiligung) und 15 (Bürgerbegehren und Bürgerentscheid) BbgKVerf.

Konkret wurde im § 13 die Durchführung einer Einwohnerbefragung als mögliches Mittel ergänzt. Einzelheiten zur Umsetzung können in einer gesonderten Satzung oder in der Hauptsatzung geregelt werden. Auf die Regelung von Einzelheiten kann nicht verzichtet werden. Dies bedeutet, dass in die Hauptsatzung zunächst eine Regelung zur

obligatorischen Durchführung von Einwohnerbefragungen aufgenommen werden muss.

Im § 15 (Bürgerbegehren und Bürgerentscheid) BbgKVerf wurde der bisher erforderliche Kostendeckungsvorschlag seitens der Initiatoren durch eine Kostenschätzung seitens der Verwaltung ersetzt. Die Einzelheiten zur Durchführung dieses Mittels zur Beteiligung ist umfangreich in der BbgKVerf definiert. Eine gesonderte Regelung durch die Stadt Golßen ist nicht erforderlich.

Aktueller Stand und vorliegender Entwurf

Das förmliche Verfahren der Beteiligung der Einwohnerschaft in der Einwohnerfragestunde wird auch in den Ausschüssen der Stadt Golßen sowie in den Ortsteilvertretungen umgesetzt und angewandt. Allerdings wurden die neuen gesetzlichen Vorgaben bisher nicht eingearbeitet. Somit ist eine Aktualisierung erforderlich. Da es sich um umfangreiche Änderungen der bestehenden Einwohnerbeteiligungssatzung handelt, empfiehlt die Verwaltung den Beschluss einer neuen Satzung.

Die Verfahrensweise der Einwohnerbefragung ist angelehnt an den ortsüblichen Wahlprozess, wobei die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gemäß § 18a BbgKVerf Berücksichtigung fand.

Zudem könnte das Petitionsrecht gemäß § 16 BbgKVerf ebenfalls in dieser Satzung verankert werden. Dieser im § 5 der Einwohnerbeteiligungssatzung vorgesehene Vorschlag der Verwaltung basiert auf der Annahme, dass Bürger*Innen Ihre Möglichkeiten der Beteiligung gern in einem Dokument erlesen möchten. Sollte das Petitionsrecht in dieser Satzung geregelt werden, so kann der Paragraph in der Hauptsatzung der Stadt Golßen entsprechend entfallen bzw. mit Verweis auf die Einwohnerbeteiligungssatzung geändert werden.

Hinweis:

Finanzielle Auswirkungen

Ja ☐ Nein ☒

Die Mittel stehen bei dem Produktsachkonto: _____ im _____ i. H. von _____ € zur Verfügung.

Die Mittel sind im Nachtragshaushalt _____ einzustellen.

Die Maßnahme verursacht Folgekosten in Höhe von : _____ € einmalig
_____ € jährlich
_____ ☐ keine Folgekosten

Zugunsten der Maßnahme werden andere Mittel eingespart ☐ Ja ☒ Nein

Bei Vergaben:

Geplante Ausgaben in dem Produktsachkonto _____ in Höhe von _____ €
noch verfügbare Mittel _____ €
Vergabevorschlag _____ €.

Anlagen

Anlage: Entwurf „Satzung über die Einzelheiten der förmlichen Einwohnerbeteiligung in der Stadt Golßen“ (Einwohnerbeteiligungssatzung)

B.1. Stellungnahme des Ortsbeirates/Ortsvorstehers:

Anhörung war erforderlich

- ☐ Ja ☐ Nein
- ☐ Stellungnahme liegt anbei
- ☐ Stellungnahme lag bei Versendung nicht vor

B.2. Stellungnahme Hauptausschuss:

- ☐ Zustimmung Hauptausschuss
- ☐ Ablehnung Hauptausschuss
- ☐ Beschlussvorlage lag dem Hauptausschuss nicht vor

Datum

Unterschrift des zuständigen FA-Leiters:

C. Beschluss: Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

- ☐ nach dem Wortlaut der Beschlussvorlage
- ☐ in Abänderung des Wortlautes der Beschlussvorlage wie folgt:

Begründung des Beschlusses bei Abänderung des Wortlautes der Beschlussvorlage oder Ablehnung der Beschlussvorlage

Zustimmungsempfehlung Hauptausschuss:

Gesetzl. Anzahl	Anwesend	Ja	Nein	Enthaltung

Zustimmungsempfehlung Bildungsausschuss:

Gesetzl. Anzahl	Anwesend	Ja	Nein	Enthaltung

Zustimmungsempfehlung Bauausschuss:

Gesetzl. Anzahl	Anwesend	Ja	Nein	Enthaltung

Zustimmungsempfehlung Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität, Infrastruktur und Schloss der Stadt Golßen:

Gesetzl. Anzahl	Anwesend	Ja	Nein	Enthaltung

Abstimmungsergebnis:

Gesetzl. Anzahl	Anwesend	Ja	Nein	Enthaltung

An der Beratung und Beschlussfassung haben wegen eines Mitwirkungsverbotes gemäß § 22 BbgKVerf nicht teilgenommen:

--	--	--

Sichtvermerk/Datum:

Amtsleiter	Amtsleiter	Vorsitzende/r der Stadtverordnetenvertretung
------------	------------	---